öffentlich MI-32/2026

Mitteilungsvorlage

Datum	Abteilung/ Dienst	Aktenzeichen
25.08.2026	12 Finanz- und Rechnungswesen	11.40.010 HH2025 - Genehmigung

Gremium	Sitzungsdatum	Beratungsaktion
Kreisausschuss	02.09.2026	Zur Kenntnis
Kreistag	09.11.2026	Kenntnisnahme
Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Organisationsausschuss	03.12.2026	Kenntnisnahme

Die Mittel stehen im Budget haushaltsrechtlich zur Verfügung
• PSP / CO @KST@

Anlage(n):
1. Dokumentation des Beratungsgesprächs am 21.01.2026 beim Landesrechnungshof

Betreff:
Beratungsgespräch beim Landesrechnungshof

1 INHALT DER MITTEILUNG

Die Inhalte und Schlussfolgerungen des Beratungsgesprächs des Landesbeauftragten für Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung beim Landesrechnungshof werden zur Kenntnis genommen.

2 ZIELE, ALTERNATIVEN UND KONSEQUENZEN

2.1 Ziele:

Transparenz herstellen für die Gremienmitglieder über die Inhalte des Beratungsgesprächs beim Landesbeauftragten für Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung

2.2 Alternative/n zum Beschluss/Entscheidungsvorschlag:

keine

2.3 Finanzielle Auswirkungen/Folgekostenbelastungen:

keine

2.4 Auswirkungen, die Frauen anders oder in stärkerem Maße als Männer betreffen:

keine

2.5 Besondere Auswirkungen auf Menschen mit Behinderungen:

keine

2.6 Befristung der Regelung/en:

ohne

2.7 Auswirkungen auf die demographische Entwicklung im Lahn-Dill-Kreis:

keine

2.8 Gibt es unter Berücksichtigung von Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit eine Alternative, die energie-, ressourceneffizienter oder klimafreundlicher ist?

keine

3 BEGRÜNDUNG

Mit Verfügung vom 13.08.2025 hat der Regierungspräsident Gießen Haushaltssatzung und -plan für das Haushaltsjahr 2025 trotz des unausgeglichenen Ergebnis- und Finanzhaushalts mit Auflagen genehmigt. Aufgrund der eingeschränkten finanziellen Leistungsfähigkeit des Lahn-Dill-Kreises wurde die Genehmigung mit der Auflage erteilt, vom Beratungsangebot des Kommunalen Beratungszentrums Gebrauch zu machen. Ziel war es, etwaige bislang nicht erkannte Konsolidierungsmöglichkeiten in Erfahrung zu bringen. Das Beratungsgespräch hat nach einer intensiven Vorbereitung und Vorlage von Finanzdaten am 21.01.2026 im Hessischen Innenministerium in Wiesbaden stattgefunden.

Seitens des Lahn-Dill-Kreises haben Herr Landrat Braun, Herr Erster Kreisbeigeordneter Inderthal, Frau Hauptamtliche Kreisbeigeordnete Neuburger-Hees, Frau stellv. Kreistagsvorsitzende Petersen, Herr Vorsitzender des HFWO Berns sowie Mitarbeitende der Verwaltung teilgenommen. Seitens des Landes haben Vertreter und Vertreterinnen aus dem Finanzministerium, dem Innenministerium sowie dem RP Gießen teilgenommen. Der Landesrechnungshof hat anhand von Folien die wirtschaftliche Lage des Kreises analysiert und Konsolidierungsmöglichkeiten vorgestellt.

Der Schwerpunkt der Analyse bestand in der Darstellung der wirtschaftlichen Lage im Vergleich mit anderen Kreisen. Zunächst wurden die kash-Werte (**k**ommunales **A**uswertungs**s**ystem **H**essen), die die finanzielle Leistungsfähigkeit in einer Kennzahl zusammenfassen, dargestellt. Im Zeitvergleich ist ablesbar, dass die finanzielle Leistungsfähigkeit fast aller Kreise in Hessen in den Jahren 2021 - 2025 deutlich abgenommen hat. Der Lahn-Dill-Kreis hat mit fünf anderen Kreisen 2025 erstmals die Warngrenze erreicht. Auch andere Kenngrößen wie EK-Ausstattung, Ergebnis- und Finanzhaushalt, Geldschulden belegen die angespannte Finanzsituation des Kreises.

Bei der vergleichenden Haushaltsanalyse wurden einige Einzelsachverhalte herausgearbeitet. Zur Einordnung dieser Ergebnisse hat der Landesrechnungshof bei der Analyse betont, dass Interpretation und Vergleichbarkeit durch unterschiedliche Organisationsformen in den Kreisen eingeschränkt sein können. Ebenso gibt es Aufgabenunterschiede zwischen Kreisen mit und ohne Sonderstatusstadt. Beispielhaft seien die festgestellten Kosten pro Einwohner für die Schulträgeraufgaben genannt. Der Lahn-Dill-Kreis ist alleiniger Schulträger, wogegen andere Sonderstatusstädte aber selbst Schulträger sind. Einige Kreise haben zudem die Schulgebäude in Gesellschaften ausgelagert. Dies schränkt die Vergleichbarkeit der Kennzahl „Kosten der Schulträgerschaft pro Einwohner“ erheblich ein.

Bei der Höhe der Kreis- und Schulumlagehebesätze hat der Lahn-Dill-Kreis unterdurchschnittliche Hebesätze erhoben. Diesem Umstand wurde bei der Haushaltsplanung 2026 bereits Rechnung getragen und die Summe der Hebesätze von Kreis- und Schulumlage von 53% auf 57% angehoben. In dieser Größenordnung liegt auch die Grenze der finanziellen Leistungsfähigkeit unserer Städte und Gemeinden.

Bei den Konsolidierungsempfehlungen wurde festgehalten, dass der Haushaltsausgleich im Ergebnis- und Finanzhaushalt durch Festlegung von Konsolidierungsmaßnahmen und deren Umsetzung angestrebt werden muss.

Aufgrund der schlechten Haushaltslage ist die konsequente finanzielle Konsolidierung sowie eine nachhaltig ausgerichtete Haushaltsführung das zentrale Anliegen der Haushaltswirtschaft. Um dieses Ziel zu erreichen, hat die Verwaltungsleitung ein ganzes Bündel von Einzelmaßnahmen ergriffen. Für eine Wirksamkeitsprüfung wurden alle Positionen im Ergebnishaushalt überprüft um festzustellen, auf welcher Grundlage die Ausgaben geleistet werden. Die freiwilligen Leistungen wurden ebenso auf den Prüfstand gestellt. Um unsere Verhandlungsposition zu stärken und Einfluss auf die Kostenentwicklung nehmen zu können, werden alle Entgeltvereinbarungen zukünftig befristet.

Für die Haushaltsjahre 2027 bis 2031 wurde ein Personalabbaukonzept entwickelt und mit den Organisationseinheiten fest vereinbart. Dieses Konzept sieht den Abbau von insgesamt 75 Stellen vor. Für den Haushalt 2027 wurden den Abteilungen Deckelungen ihrer Budgets vorgegeben, die Einsparungen in Höhe von 25 Mio. € bedeuten. Innerhalb dieser Budgetrahmen können die Organisationseinheiten ihre Aufwendungen und Erträge planen.

Ein breit angelegter Organisationsentwicklungsprozess wurde in Gang gesetzt, um Doppelstrukturen und Doppelarbeiten zu identifizieren und künftig zu vermeiden. Dieser Prozess soll bis Ende des Jahres seinen Abschluss finden.

Der erste Zwischenbericht zum Verlauf der Haushaltswirtschaft 2026 deutet schon darauf hin, dass die beschlossenen Maßnahmen wirken. Insbesondere bei den Personalkosten rechnen wir mit einer deutlichen Einsparung gegenüber dem Haushaltsplan.

gez. Frank Inderthal
Erster Kreisbeigeordneter